



Für ausländische Fachkräfte attraktiv bleiben Berliner Wirtschaft stellt sich mit Aufruf gegen Rassismus und Hetze

Dachverbände, Vereine und Vereinigungen fordern eine weltoffene Hauptstadt. In Zeiten von Fachkräftemangel und Überalterung sei das auch für den Wirtschaftsstandort Berlin wichtig.

Von **Reinhart Bünger**

01.02.2024, 14:06 Uhr

Die Wirtschaftsverbände und Kammern in Berlin haben sich am Donnerstag in einem gemeinsamen Aufruf für Weltoffenheit, Vielfalt und Demokratie ausgesprochen und gegen rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Umtriebe und Bewegungen gewandt. Sie schlossen sich damit den seit Wochen anhaltenden Aufrufen und Demonstrationen gegen Rechtsextremismus an.

Die Tagesspiegel-App Aktuelle Nachrichten, Hintergründe und Analysen direkt auf Ihr Smartphone. Dazu die digitale Zeitung. Hier gratis herunterladen.

„Die Wirtschaftsverbände und Kammern in Berlin verurteilen die rassistischen Planspiele rechtsextremer Gruppierungen zur systematischen Ausweisung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte“, heißt es in der Erklärung. Kaum eine andere Stadt in der Bundesrepublik sei so stark von Weltoffenheit und Vielfalt geprägt wie Berlin. „Umso schwerer wiegen die menschenfeindlichen Überlegungen für die Stadt und den Wirtschaftsstandort“, heißt es in der von mehr als zwei Dutzend Verbänden und Vereinen unterzeichneten Erklärung: „Wir alle sind aufgefordert, rassistischer Hetze entgegenzutreten.“

Liveblog zur Demo in Berlin 150.000 Menschen protestierten am Bundestag gegen Rechtsextremismus

Den von der Vereinigung der Unternehmerverbände in Berlin und Brandenburg verbreiteten Aufruf unterzeichneten neben immobilienwirtschaftlichen Verbänden (BFW, IVD und BBU) unter anderem der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI), die IHK Berlin und die Dehoga.

Mehr zu Rassismus in der Bundesrepublik:

ies Trotzes Nutzt es der AfD wenn man gegen sie demonstriert?

[zum Hauptinhalt](#)



T Schwarzes Leben in Deutschland „Ich werde hier nicht als Mensch gesehen“

Die die Berliner Wirtschaft tragenden Unternehmen seien angewiesen auf die hier lebenden Menschen aus 170 Nationen, schreiben die Verbände und Vereinigungen. Fast vierzig Prozent der Berlinerinnen und Berliner hätten einen Migrationshintergrund. Innerhalb der vergangenen fünf Jahre sei die Beschäftigung von ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Berlin um rund 60 Prozent gestiegen. Infolge des demografischen Wandels müsse die Stadt für ausländische Fach- und Arbeitskräfte attraktiv bleiben. Im Schnitt lande jede sechste internationale Fachkraft, die nach Deutschland einwandert, in einem Berliner Unternehmen.

Bereits am Mittwoch hatten dreißig Führungskräfte der Metropolregion Berlin-Brandenburg in einer gemeinsamen Erklärung gegen Rechtsextremismus Stellung bezogen. Die seit 2019 im Forum „CEOs for Berlin“ beim Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) organisierten Unternehmen beschäftigen gemeinsam knapp dreißig Prozent der erwerbstätigen Berlinerinnen und Berliner.

Ebenfalls am Mittwoch stellten sich die Berliner Zahnärzteschaft – organisiert in der Zahnärztekammer und der Kassenärztlichen Vereinigung Berlin – gegen Antisemitismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung. Beide Standesorganisationen erinnerten daran, dass sie damals Handlanger des NS-Staates waren: Vor 85 Jahren wurde jüdischen Zahnärzten durch das NS-Regime die Berechtigung entzogen, ihren Beruf auszuüben. Am 31. Januar 1939 wurde jüdischen Zahnärzten und Dentisten in Deutschland gemeinsam mit jüdischen Tierärzten und Apothekern durch das nationalsozialistische Regime die Approbation entzogen.

[Zur Startseite](#)

Rechtsextremismus

Das könnte Sie auch interessieren

Empfohlen von  Outbrain



ANZEIGE

Grüner Fisher
Hält ein Portfolio ab 500.000 € 30 Jahre im Ruhestand?



ANZEIGE

STERNGLAS
Ein echter Geheimtipp – Aber wird diese Uhr ihrem Ruf gerecht?

[zum Hauptinhalt](#)

